

# Vorwärts

Berliner Volksblatt  
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung  
Schiffstraße 24, bis 6 Uhr  
Verleger: Hermann-Verlag GmbH  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

## Preußen und Groß-Hamburg.

### Die Unterelbe-Gesekentwürfe im Landtag. - Ministerpräsident Otto Braun gegen Bürgermeister Petersen.

Zu Beginn der Mittwochssitzung des Preussischen Landtags hielt Ministerpräsident Braun anlässlich der ersten Lesung des Gesekentwurfes über die Neuordnung der kommunalen Verhältnisse im preussischen Unterelbegebiet eine Rede, in der er ausführte:

Die hier zur Beratung stehenden Vorlagen über die Regelung der Verhältnisse im preussischen Unterelbegebiet werden die zuständigen Herren Minister, soweit das über die gedruckte Begründung hinaus noch erforderlich ist, im einzelnen begründen. Ich sehe mich gezwungen, der Beratung einige allgemein politische Ausführungen vorzuschicken. Am 9. d. M. hat der regierende Bürgermeister von Hamburg, Dr. Petersen, in einer eingehenden Rede das Groß-Hamburg-Problem und das Verhältnis zwischen Preußen und Hamburg besprochen. Die Hamburger Presse bezeichnet diese Rede als eine Generalabrechnung mit Preußen und hebt hervor, daß der Bürgermeister mit schonungsloser Offenheit völlige Klarheit in dieser die Öffentlichkeit bereits mehrere Jahre beschäftigenden Angelegenheit gebracht habe.

Die Hamburger Herren werden mir nicht verübeln, wenn auch ich mit voller Offenheit versuche, die

#### Haltung Preußens in der Groß-Hamburg-Frage

Klar zu legen und vor allem das wieder auf die Beine zu stellen, was in Hamburg auf den Kopf gestellt worden ist.

Es ist unrichtig, daß Preußen die Auffaugung der norddeutschen Kleinstaaten erstrebt, diese gar, wie es in Hamburg und von Hamburg inspirierten Presseausführungen hieß, durch einen „Druck erzwingen“ wolle. Ich habe bereits mehrfach hier im Landtage erklärt, daß Preußen gar nicht daran denke, auf irgendwelche Kleinstaaten einen Druck auszuüben, um sie zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit zu veranlassen und ihren Anschluß an Preußen zu erzwingen.

Indes steht die preussische Regierung auf dem Standpunkt, daß diese Länder, wenn sie sich ihre staatliche Selbständigkeit erhalten wollen, dies auch mit allen daraus sich ergebenden Konsequenzen tun müssen, und in Zukunft nicht mehr darauf rechnen könnten, daß ihnen Preußen diejenigen Einrichtungen zur Verfügung stellt, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht erhalten können. Preußen ist daher auch nicht bereit, es sei denn, daß ihm gleichwertige Gegenleistungen gewährt werden, preussisches Gebiet an solche Kleinstaaten abzutreten, um sie in ihrem selbständigen staatlichen Eigenleben zu stärken. Kommt die Bewösterung dieser Staaten unter solchen Umständen schließlich zu der Ueberzeugung, daß es für sie zweckmäßiger ist, sich Preußen anzuschließen, so wird Preußen sich dem nicht verweigern.

Ebenso wie Herr Bürgermeister Petersen bin auch ich Unitarier. Auch mir scheint

#### der deutsche Einheitsstaat.

insbesondere im Hinblick auf unsere Verarmung, ein erstrebenswertes Ziel. Wenn Herr Petersen jedoch meint, dieses Ziel könne nicht über Groß-Preußen erreicht werden, so erwidere ich ihm: über Groß-Hamburg erst recht nicht. Ich stehe vielmehr auf dem Standpunkt, daß Preußen, das etwa drei Fünftel des Reiches darstellt und das bereits durch den Friedensvertrag erheblichen Land- und Bevölkerungsverlust erlitten hat, wovon alle deutschen Länder verschont geblieben sind, in seiner Geschlossenheit und Größe unbeeinträchtigt aufrechterhalten werden muß, da es zweifellos den Kern für einen deutschen Einheitsstaat bilden wird, wenn dieser einmal Wirklichkeit werden sollte. Wenn der Hamburger Bürgermeister nun aber gar erklärt, das Ziel Preußens gehe dahin, Hamburg zum Aufgehen in Preußen zu zwingen, so widerspricht auch das keineswegs den Tatsachen, und mir ist unerfindlich, wie ohne Angabe von Beweisen das Staatsoberhaupt dieses benachbarten Landes in aller Öffentlichkeit eine derartige Behauptung aufstellen kann.

In der Groß-Hamburg-Frage handelt es sich nicht, wie Herr Petersen jetzt, den Sachverhalt völlig verkehrend, glauben machen will, darum, Hamburg in Preußen einzuverleiben, sondern es handelt sich darum,

#### hamburgische Expansionsbestrebungen gegen Preußen zurückzuweisen.

Tatsächlich ist der Ausgangspunkt der Groß-Hamburg-Verhandlungen doch das Bestreben Hamburgs, sich preussisches Gebiet einzuverleiben. Daher auch die Bezeichnung Groß-Hamburg für den ganzen Komplex der Fragen, die damit zusammenhängen. Lassen Sie mich daher zur Aufklärung des Gedächtnisses der Hamburger Herren, die jetzt gegen ein Groß-Preußen, ausgeredet an der Unterelbe, Sturm laufen, einmal kurz auf den Ursprung der Erörterungen über das Groß-Hamburg-Problem zurückgehen: Bereits in einer Denkschrift vom 7. Dezember 1915 hat Hamburg Ansprüche auf erhebliches preussisches Gebiet geltend gemacht. Preußen hat damals im August 1916 geantwortet, daß einer solchen Abtretung keine grundsätzlichen Bedenken des Staatsministeriums entgegenstünden, wenn sie zur Förderung der deutschen Schifffahrt und anderer gemeinsamer preussisch-hamburgischer Interessen unter voller Würdigung aller preussischen Interessen erforderlich erscheint. Die Sache hat dann während des Krieges geruht und ist dann erst im Jahre 1919 wieder durch eine Denkschrift des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats vom 8. Januar 1919 zur Erörterung gestellt worden.

Diese an das Reichsministerium des Innern gerichtete Denkschrift fordert preussisches Gelände zur Hafenerweiterung sowie die Ein-

gemeindung von Harburg, Altona, Wandsbek und Wilhelmsburg nach Hamburg. Obwohl sich dagegen naturgemäß in Halstein sofort der stärkste Widerspruch geltend machte, ist dann der Hamburger Senat den Spuren des Arbeiter- und Soldatenrats gefolgt und hat in einer Denkschrift am 7. April 1919 die Unterstellung des ganzen Unterelbegebietes von Hamburg bis Cuxhaven einschließlich der Ufer der Elbe, soweit sie Ueberschwemmungsgebiet sind, unter Hamburg gefordert. Weiter wird in der Denkschrift verlangt die Eingemeindung nach Hamburg, und zwar der Städte Altona, Wandsbek, Harburg und Wilhelmsburg und von 54 Landgemeinden aus dem Kreise Stormarn, 20 aus dem Kreise Plünerberg, 20 aus dem Kreise Herzogtum Lauenburg, 42 aus dem Kreise Harburg, 11 aus dem Kreise York, 6 aus dem Kreise Wismar, 4 aus dem Kreise Stade, insgesamt an preussischen Städten und Landgemeindegebiet

eine Fläche von 137 238 Hektar mit rund 1/4 Million preussischer Bewohner.

Das hätte die Vergrößerung Hamburgs um 190 Proz. an Fläche und 33 Proz. an Einwohnern bedeutet. Gleichzeitig wurde in größtem Umfange von Hamburg aus eine Propaganda für dieses Groß-Hamburg in Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Frühstunden, Besichtigungen, Rundfahrten usw. inszeniert.

Die spätere Denkschrift des Hamburger Senats vom 22. September 1921, an die Zentralstelle für die Neupfliederung des Reiches gerichtet, steckt ihre Ziele schon erheblich zurück. Indes auch hier wird noch die Abtretung wirtschaftlich sehr wertvollen preussischen Gebiets als dringend notwendig für die Entwicklung Hamburgs gefordert, und zwar nicht nur Hafengebiet, sondern Gebiet für Wohnsiedlungen und Industrie. Es haben dann später

#### unmittelbare Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg

stattgefunden, auf die hier im einzelnen einzugehen mich zu weit führen würde, die aber auch zu keinem Ergebnis führten. Nach einer längeren Pause haben sodann Besprechungen zwischen dem Herrn Bürgermeister Petersen und mir stattgefunden, die dahin führten, daß die Herren Staatsminister Drews aus Berlin und Graf Rüdern aus Hamburg beauftragt wurden, ein Gutachten über die Frage zu erstatten. Die beiden Länder sollten sodann dazu Stellung nehmen, ob sich dieses Gutachten als Grundlage für neue Verhandlungen eigne. Dieses Gutachten ist Anfang vorigen Jahres erstattet worden und kommt zu dem Vorschlage, Preußen solle an Hamburg abtreten:

Altenwerder, Finkenwärder, Wilhelmsburg einschließlich Rottw.-Hoheshaar und Reuhof, vom Geeststränden die Gemeinden Schiffbek, Dejendorf, Kirch-Steinbek, Boberg, Howelshorst, Sande und die sogenannten Streichhölzer. Hamburg sollte als Gegenleistung abtreten Moorburg südlich der Silberelbe und eins der Walddörfer, nämlich Groß-Hansdorf. Weiter sollte Hamburg die Landtriffler Harburg und Stormarn entschädigen für die ausgefallene Steuer-

trift der abgetretenen Gemeinden, und weiter sollte ein allgemeiner Finanzausgleich im Groß-Hamburg-Gebiet dahin durchgeführt werden, daß der gesamte Staatsanteil an der Reichseinkommen- und Umsatzsteuer den beteiligten Gemeinden verbleibe. Soweit der reine Staatsanteil dadurch der Gemeinden zuzufloß, sollten Hamburg und Preußen zu gleichen Teilen den Schaden tragen. Weiter sollte zur Durchführung der gemeinsamen Aufgaben, insbesondere des Verwaltungsausgleichs, in dem vornehmlich Verkehrs-, Siedlungs- und Hafensfragen geregelt werden sollten, ein preussisch-hamburgischer Ausschuss eingesetzt werden.

An Uebereinstimmung mit dem Groß-Hamburg-Ausschuss des Preussischen Landtags war die preussische Regierung der Auffassung, daß in dem Drews-Rüdernschen Gutachten die territorialen Gegenleistungen Hamburgs für die Abtretung preussischen Gebiets nicht eisenhart genügen, und daß auch die Vorschläge für den

#### Costenausgleich mit den preussischen Nachbargemeinden

den berechtigten Ansprüchen dieser nicht Rechnung trugen. Ich habe daher den Hamburger Vertretern gegenüber in der ersten gemeinsamen Besprechung, die am 11. Mai u. J. in Berlin stattfand, hervorgehoben, daß eine Abtretung Wilhelmsburgs in Preußen dem größten Widerstand begegnen würde, eine Abtretung Finkenwärders und Altenwerders vielleicht weniger strittig wäre. Vorausgesetzt, daß eine Abtretung von Wilhelmsburg überhaupt in Frage käme, seien die dafür im Drews-Rüdernschen Gutachten gebotenen Gegenleistungen weder territorial noch finanziell ausreichend. Ein etwaiger Abschluß auf dieser Basis sei im Preussischen Landtag völlig aussichtslos. Mit Aussicht auf Erfolg könne diese Abtretung nur verfolgt werden, wenn Hamburg bereit wäre, sämtliche hamburgischen Entlastungen, die in Preußen verstreut liegen, abzutreten, also nicht nur Moorburg und Hansdorf, sondern sämtliche Walddörfer und dazu noch Cuxhaven. Auch das Nordufer der Süderelbe müsse bei Preußen bleiben. Wenn dadurch auch territorial das von Hamburg abzutretende Gebiet größer sei als das von Preußen abzutretende, so sei doch die Einwohnerzahl, die Preußen verliere, doppelt so groß wie die, die Hamburg verlieren würde (56 000 Einwohner gegen 27 000 Einwohner). Außerdem seien die wirtschaftliche Bedeutung Wilhelmsburgs und die Zukunftsaussichten dieses Gebietes unendlich wertvoller als die der hamburgischen Entlastungen. Es müsse Preußen daher ein voller finanzieller Costenausgleich zurufen der preussischen Aufgabengemeinden auf Kosten Hamburgs verlangen mit dem Ziel, diese Gemeinden, die mit Hamburg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden, auch in kommunalwirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht mit Hamburg auf die Dauer gleichzustellen.

Der Bürgermeister Petersen hat damals sich diesen Wünschen Preußens gegenüber, insbesondere was die territorialen Gegenleistung Preußens anlangte, entschieden ablehnend geäußert. Auch (Fortsetzung siehe 2. Seite.)

## Blut fließt in China.

### Tschangtscholin läßt hinrichten.

London, 23. Februar. (WTB.) „Daily Mail“ meldet aus Chardin: Der chinesische Vizepräsident der chinesischen Ostbahn, General Yang Tschao, wurde unter der Anschuldigung, Geld von Moskau empfangen und eine Revolution in Chardin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen, nachdem Tschangtscholin das Urteil telegraphisch bestätigt hatte.

#### Weißrussen bei Tschangtscholin.

London, 23. Februar. (WB.) Nach Meldungen der „Daily News“ ist es zu heftigen Kämpfen in der Provinz Honan gekommen. 6000 Weißrussen, die die Avantgarde der Nordarmee bilden, haben die Truppen Wupeijiu angegriffen. Letztere sollen eine starke Niederlage erlitten haben. Die Zahl der Gefangenen wird auf 3000 angegeben. (Gemeint sind hier natürlich russische „Weiße“, d. h. Antifomjetruppen. Red. d. B.)

#### Britische Drohnote an Sowjetrußland?

London, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Note an Sowjetrußland soll nach übereinstimmenden Meldungen der Morgenblätter schärfer sein, als bisher angenommen wurde und den Charakter eines Ultimatus tragen.

#### Englisch-französische Vernehmung.

Paris, 23. Februar. (Eigener Drohtbericht.) Außenminister Briand empfing gestern den englischen Botschafter zu einer Aussprache über das Borrücken der Kantontuppen auf Schanghai. Die Befehle dieser Stadt durch die Kantontuppen würde, so sagt die Presse, ganz neue Probleme aufwerfen, die außerordentlich sorgfältig und möglichst gemeinsam mit dem Londoner Kabinett geprüft werden müssen. Bisher waren den französischen Konsuln in China Instruktionen nicht zugegangen außer derjenigen, sich völlig neutral zu verhalten. Briand hat auch gestern vor der Aus-

wärtigen Senatskommission betont, daß Frankreich vorläufig in dieser Haltung fortfahren werde, sie aber aufgeben müßte, wenn irgendwie französischer Besitz oder französische Staatsangehörige angegriffen werden sollten. Die Tatsache, daß die französische Konzeption in Schanghai gestern bombardiert worden ist, scheint eine neue Lage geschaffen zu haben.

#### Regierungswechsel in Peking.

London, 23. Februar. (WTB.) Der Peking Korrespondent der „Daily News“ will wissen, daß Dr. Wellington Ku (englische Schreibweise Koo, Red. d. B.) seinen Posten als Premier- und Finanzminister endgültig niedergelegt habe und daß sein Rücktritt angenommen worden sei. Liang-Schi-Si sei von der mandjurischen Partei zum Premierminister ernannt worden.

#### Schanghaier Polizeistation angegriffen.

London, 23. Februar. (WTB.) Dem Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Schanghai zufolge soll gleichzeitig mit dem Angriff des chinesischen Kanonenbootes ein mit Pistolen bewaffneter Haufe von 600 Chinesen die Polizeistation in der Eingeborenenstadt angegriffen haben. Vier Polizisten sollen getötet und mehrere schwer verwundet worden sein, bevor der Angriff abgeklungen war.

#### Suntschuanfang zurückgetreten.

London, 23. Februar. (WTB.) Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Hanking meldet: Es verlautet, daß Suntschuanfang sein Amt niedergelegt und den Befehl über den Rest seiner Streitkräfte in die Hände des Generals Lin Kiangting gelegt habe. Die Schantungstreitkräfte haben den Bormarsch nach Südkiangsu begonnen, es ist jedoch noch nicht bekannt, ob auf Grund einer Vereinbarung mit den Kantonesen, oder um ihnen Widerstand zu leisten.

hat er den Lastenausgleich in dem von Preußen geforderten Umfange abgelehnt.

Die Verhandlungen sind dann abgeschlossen mit folgender von mir getroffener Feststellung:

„In Bezug auf den Gebietsausgleich und den Finanzausgleich seien beide Teile materiell so weit auseinander, daß eine Verständigung zurzeit nicht möglich sei. Beide Teile seien bereit, sich von Regierung zu Regierung nachbarlich über ihre Maßnahmen und über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiete des Hafenbaues, des Generalfriedensplanes und des Verkehrswezens zu verständigen.“

Wenn Herr Bürgermeister Petersen in seiner Rede die Frage aufwirft: „Wie denkt man sich nun in Preußen die weitere Behandlung der Angelegenheit?“ so möge er die Einbringung dieser Vorlagen und die baldige Verabschiedung durch den Landtag

als vorerst ausreichende Antwort auf seine Frage ansehen.

Auf weitere sachliche Einzelheiten in den Reden werden die Herren Ressortminister, wenn sie es für erforderlich halten, noch eingehen. Nur einzelne Behauptungen des Herrn Bürgermeisters möchte ich nicht ganz unwillkürlich lassen.

Wenn es um den Lastenausgleich so stünde, wie Herr Petersen glaubt an Hand der von ihm ins Feld geführten Zahlen beweisen zu können, dann würde ja für Hamburg keine Veranlassung bestehen, sich zu gegen den von Preußen geforderten vollen Lastenausgleich zu wehren, dann würde ja die Summe, die Hamburg an die preussischen Gemeinden zu zahlen hätte, überaus gering sein. Aber die Dinge liegen zweifellos anders, als sie nach den zahlenmäßigen Argumenten des Herrn Bürgermeisters scheinen.

Die gegenseitig zu überweisenden Lohnsteuersummen scheinen mir den einzig beweiskräftigen Anhalt zu geben für die Zahl der haben und drücken beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Daraus ergibt sich aber, daß das

#### Verhältnis der wechselseitig beschäftigten Arbeiter

nicht wie 3:4, wie Herr Petersen behauptet, sondern zwischen Preußen und Hamburg wie 9:3 ist; und daß sich daraus für die preussischen Wohngebiete eine erhebliche Belastung ergibt, braucht in einzelnen für jeden, der derartige kommunalwirtschaftliche Verhältnisse zwischen Betriebs- und Wohngebiete kennt, kaum weiter bewiesen zu werden.

Wenn aber gar behauptet wird, daß die Ueberweisung der in Hamburg erhobenen und nach dem Gesetz an die preussischen Wohnortgemeinden abzuführende Lohnsteuer eine Leistung Hamburgs an Preußen darstellt, so würde ich, wenn diese Behauptung von einem politischen Laien aufgestellt würde, sie als reichlich *naïve* bezeichnen müssen. Diese Bezeichnung auf die Ausführungen des Hamburger Staatsrats anzuwenden, verbietet mir indes die Höflichkeit. Immerhin darf man wohl die Frage aufwerfen, ob über das, was von Hamburger Betrieben an in Preußen wohnhafte Arbeiter und Angestellte an Lohn und Gehalt gezahlt wird, als Ergebnis der Arbeitsleistung nicht noch einiger Mehrwert in Hamburg zurückbleibt, der dann in der größten Steuerkraft, auf die sich Hamburg so viel zugute tut, zum Ausdruck kommt.

Wenn man sich das vor Augen hält, erscheint auch die Behauptung des Herrn Bürgermeisters, daß der ganze Unterelbegebiet von Hamburg lebe, in einem besonderen Lichte.

#### Die deutsche Volkswirtschaft ist zu über drei Fünftel preussische Volkswirtschaft.

da in Preußen die größten landwirtschaftlichen und industriellen Bezirke wie Kohlenstoffgebiete liegen. Es erscheint doch etwas *hamburgisch* Grobmannsart, wenn es dort so dargestellt wird, als wenn Hamburg dadurch, daß es von den in Preußen produzierten und zum Export gelangenden Waren und von den in Preußen zur Verarbeitung gelangenden importierten Rohprodukten den Schiffahrts- und Handelsgewinn einheimlich, der Hauptförderer der Volkswirtschaft sei, daß ohne Hamburg die deutsche Wirtschaft nicht bestehen könnte. Alle Achtung vor dem kaufmännischen Geist der Hamburger, aber die deutsche Volkswirtschaft würde schließlich auch nicht untergehen, wenn diese Handels- und Schiffahrtsgewinne den bremischen und preussischen Hafen mehr wie bisher zufließen. Jedenfalls ist Hamburg bisher bei seiner angeblichen Aufopferung für die deutsche Volkswirtschaft noch sehr gut gefahren.

Doch genug darüber. Was mir bei der in Hamburg Platz gegriffenen Erregung besonders unbegreiflich erscheint, ist der Umstand, daß die Maßnahmen, die Preußen jetzt zur

#### Regelung der kommunalwirtschaftlichen Verhältnisse in seinem Unterelbegebiet

in die Wege geleitet hat, diese Erregung ausgelöst haben. Man hat von einer Kampfanlage Preußens, von der Absicht, Hamburg zu erdrockeln und was dergleichen starke Ausdrücke mehr sind, gesprochen. Und auch Herr Bürgermeister Petersen erklärt in seiner Rede, nur wenn diese Dinge in den preussischen Gemeinden in Fluß bleiben, könnte sich eine befriedigende Lösung des Unterelbeproblems finden lassen.

Diese Auffassung, wie überhaupt die ganze Erregung in Hamburg, ist nur verständlich, wenn Hamburg dazwischen gerechnet hat, aus der Notlage der preussischen umliegenden Gemeinden für sich Kapital zu schlagen. Die Hamburger können aber nicht von uns verlangen, daß wir die preussischen Randgemeinden an der Unterelbe in ihrer kommunalwirtschaftlichen Notlage belassen und sie dadurch für hamburgische Expansionspläne empfänglich erhalten.

Wir gehen nicht darauf ein, Preußen auf Kosten Hamburgs zu vergrößern oder gar ganz Hamburg aufzusaugen. Wir sind aber auch nicht bereit, ohne gleichwertige Gegenleistung preussisches Gebiet an Hamburg abzutreten, das letzten Endes, offen ausgesprochen, nur dazu dient,

#### den hamburgischen staatsrechtlichen Partikularismus zu befriedigen und zu stärken.

Wenn ein Hamburger Blatt schreibt, die Rede Petersens habe die Tür für neue Verhandlungen aufgeschlagen, sie zu öffnen, sei Sache Preußens, so kann ich demgegenüber nur erklären, Preußen wird wenig Neigung haben, die Tür zu öffnen, nachdem vor der Tür von Hamburg ein derartiger Spektakel gemacht worden ist.

Wir haben, nachdem die bisherigen Verhandlungen infolge Mangels an Entgegenkommen seitens Hamburgs gescheitert sind, die Regelung des Groß-Hamburg-Problems, soweit es preussische Gebiete betrifft, selbst in die Hand genommen. Die dem Hause vorliegenden Gegenentwürfe sind der erste bedeutungsvolle Schritt auf diesem Wege.

Ich bitte daher das Hohe Haus, sie mit aller Beschleunigung zu verabschieden, damit ein großes deutsches Volksinteresse mit opferwilliger Laidität, wie der Herr Bürgermeister von Hamburg am Schluß seiner Rede so schön ausführte, einen erheblichen Schritt gefördert wird.

Nach dem Ministerversammlungen ergriff der Minister des Innern Grzesinski das Wort zur Begründung der Vorlage im einzelnen.

### Fall Keudell vor Gericht.

#### v. Treskow klagt gegen die „Deutsche Zeitung“.

Der Rittergutsbesitzer von Treskow hat den Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“, von Sodenstern, wegen Beleidigung verklagt. Die „Deutsche Zeitung“ hat Herrn von Treskow beschuldigt, einen „groben Vertrauensbruch“ begangen zu haben, weil er der Zeitung des Jungdeutschen Ordens Mitteilung über die geheimen Rüstungspläne im Kreise Königsberg Rm. gemacht hat.

Dieser „grobe Vertrauensbruch“ war der Anlaß zum Boykott gegen von Treskow, an dem Herr v. Keudell beteiligt war.

Diese Beleidigungsklage richtet sich gegen einen Zeitungsredakteur. Der Vorwurf des „groben Vertrauensbruchs“ gegen von Treskow ist zugleich vom Reichskanzler Dr. Marx unter dem Schutz der Immunität erhoben worden, ohne daß er Herrn von Treskow gehört hätte.

Der Prozeß wird also in Wahrheit ein Prozeß gegen den Reichskanzler sein.

### Die Deutschenverfolgungen in Oberschlesien.

#### Strafverfolgungsantrag gegen den Abgeordneten Ullig.

Kattowitz, 23. Februar. (WLA.) Beim schlesischen Sejm wurde neuerdings ein Auslieferungsantrag gegen den deutschen Abgeordneten Ullig, Geschäftsführer des Volksbundes, gestellt. Der Antrag wird damit begründet, daß der Sejmabgeordnete Ullig militärpflichtigen Personen zur Flucht nach Deutschland verholfen haben soll.

### Reichswehr und Rußland.

#### Vertrauliche Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags gab heute vormittag in vertraulicher Sitzung Reichswehrminister Dr. Gehler über die Beziehungen der Reichswehr zu Sowjetrußland eine Erklärung ab, die abzugeben er beabsichtigt sich in der öffentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses gemeldet hatte.

In der sich anschließenden Diskussion sprachen für die Sozialdemokraten Hermann Müller und Hilferding, für die Kommunisten Städler und Rosenberg. Für die Regierung sprach noch der Staatssekretär im Reichsamt des Auswärtigen v. Schubert. Außerdem nahmen nur noch Abg. Dr. Wirth und der völkische Graf Reventlow an der Debatte teil. Die Regierungsparteien beschränkten sich auf die Rolle aufmerksamer Zuhörer.

Zu Beginn war ein völkischer Antrag auf Herstellung der Deffenzlichkeit abgelehnt worden. Für ihn hatten, außer dem Antragsteller, nur die Kommunisten gestimmt, offenbar von der Hoffnung geleitet, daß Herr Gehler getreu seiner Ankündigung im Haushaltsausschuss überhaupt nichts sagen werde, falls die Deffenzlichkeit hergestellt würde.

### Münchener Einwohnerwehr und Geme.

#### Aus dem Feind-Untersuchungsausschuss des Reichstags.

Der Feind-Untersuchungsausschuss des Reichstags legte heute, Mittwoch, die Beratung der zum Komplex „Münchener Einwohnerwehr“ vorkommenden Anträge fort. (Antrag des Referenten Dr. Leoi (Soz.) mit dem Zusatzantrag der Kommunisten Kreuzburg-Münzberg, des Korreferenten Dr. Schäffer-Breslau (Dnat.), des Vermittlungsantrages Schulte-Breslau (Z.), Komptes (D. Sp.) und Genossens, Antrag Trochmann (B. Sp.).

Zuerst machte der Vorsitzende Mitteilung davon, daß gegen Ernst Berger wegen Verfestigung der Flucht 3 Wengauers vom Ersten Staatsanwalt in München Haftbefehl erteilt ist.

Vorsitzender Dr. Schäffer (Z.) als Mitverfasser des Vermittlungsantrages Schulte verteidigt die Fassung dieses Antrages gegenüber der Kritik des Mitberichterstatters in der vorigen Sitzung. Der Antrag halte die mittlere Linie, indem er gewisse formale Fehler und Verstöße der bayerischen Behörden feststellte, ohne aber deshalb den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit zu erheben. Herr Dr. Schäffer sei zu Feststellungen gekommen, die der Aufgabe des Ausschusses nicht entsprächen. Die Aufgabe des Ausschusses sei eine politische; aus seinen Feststellungen müßten eventuell die Behörden Folgerungen ziehen. Fehlurteile seien in Mengen vorgekommen, daher sollte sich auch der Deutschnationale als Richter nicht scheuen, das auszusprechen. Redner wendet sich gegen die Thesen des Antrages Leoi, wonach die Einwohnerwehr eine Feindorganisation gewesen sein.

### Neueste Absagen an Coolidge.

#### Italien und Argentinien. — Eine Dreimächtekonvention?

Russolinis Antwort auf den Abrüstungsorschlag Coolidges ist überreicht worden. Sie ist eine unzweideutige Ablehnung, gestützt auf Argumente der geographischen Lage Italiens und mit einer unerbittlichen Anspielung auf die maritime Stärke Frankreichs und Englands im Mittelmeer.

Auch Argentinien hat den Vorschlag Coolidges unter Bezugnahme auf die Genfer Abrüstungskonferenz abgelehnt.

Dagegen hat Japan eine lebhaft zustimmende Antwort dem Weißen Hause zugehen lassen. Man spricht jetzt von einer Konferenz zu drei zwischen Amerika, England und Japan, d. h. zwischen den drei hauptsächlich Seemächten im Stillen Ozean. Die Konferenz würde zu einer Flottenkonvention zwischen diesen drei Staaten führen, die sich die Seeherrschaft im Stillen Ozean sichern würden, ohne sich durch Flottenrüstungen gegenseitig übertrumpfen zu müssen. Es gewinnt fast den Anschein, als wäre das das eigentliche Ziel gewesen, das Coolidge mit seiner Zirkularnote von vornherein verfolgt hätte und als würden ihm die ablehnenden Antworten Frankreichs und Italiens weder überraschend noch unerwünscht sein.

## Lessing-Theater.

### „Der Patriot“ von Alfred Neumann.

Alfred Neumann soll blühen und gedeihen! Er blühe, weil er instinktmäßig eine regelrechte, spannende Theaterintrige einfühelt. Man weiß bei ihm sofort, um was es sich dreht, und die Reugier gerät schnell in die politische Kriminalgeschichte hinein. Ein irrsinniger Ruffenzer soll von seinem Regierungschef befestigt werden, damit der liberale Sohn die Krone erhält. Intrigenplaner ist der Kriegsgouverneur und Vertrauensmann des verrückten Zaren Paul, der ein Sohn der großen und mächtigsten Katharina war. Der Kriegsgouverneur hat eine Mätresse, deren Ehemann er einstmal, genau wie der selbige König David, den Heldentod sterben ließ. Darum vergißt Anuschka Osiernann ihren Gouverneur auch dann noch, als er sie an den Zaren verkauft, um das gekrönte Monstrum noch mehr auf den Hund zu bringen. Intrige um den Thron, Intrige um das Herz. Zum Schluß die Pistolenkugel, die auf das Herz des Gouverneurs gezielt wird, nachdem man den Zaren schon erdrosselt hat. Es dümmert. Die schwarzen russischen Kirchengeläute verkünden den Tag. Der Gouverneur hat den Kaiser ermordet. Der Gouverneur fordert seinen eigenen Tod, da er sich nicht nur als Monarchenmörder, sondern als Patriot fühlen will.

Das behauptet der Dichter, der energische, die Theaterspannung kräftig anziehende Dramatiker, der alle Verwicklungen klar und allflüg auflegt. Nur wenn am Ende die feilliche Begründung und Aufklärung des Psychologischen kommen soll, also das im edleren Sinne Dramatische, dann geht dem Dichter die poetische Bogel aus. Fährbar bleibt nur das Gedröhne und überschwangliche Geföhne. Spürbar bleibt nur noch ein Sturm und Drang, der zu der selben manifestierten Allflügheit und durchaus glücklich inspirierten Kulissen-schlaubeit nicht ordentlich paßt. In dem Schluß, der psychologisch in die Brüche ging, also in dem, was nicht gelang, zeigt sich jedoch das Talent des Dichters am günstigsten. Hier muß die Verheißung gefüllt werden. Der Lyriker Alfred Neumann besitzt keine Musik. Der Prosaikersteller und Erzähler ist schon durch einen imponierenden Komp der Worte auf. Der Dramatiker ist jung, Gott sei Dank. Der Dramatiker steht aber am Kreuzweg. Er muß sich entscheiden, ob der Kleitpreis, den ihm der Frankfurter Kunstrichter Berthold Diebold zuerkannt, zum Bühnenbau oder zum verfeinerten Theater ermuntert.

Der Regisseur Karlheinz Martin treibt zum Bühnenbau. Sein Bühnenbildner Kaijap Reher unterstützt diese Richtung, indem er sehr repräsentative, im Lichte schwimmende Jarengemächer und Galerien aufbaut. Die Schauspieler Paul Wegener und Frith Korner, zwei herrliche Gegner im Kampfe zwischen Irrsinn und Rationalität, schweben sich methodisch, behutlich, bestien-gleich, teilweise impliziert und psychisch grausam gegeneinander. Das Virtuosenum wird gemeistert und trotzdem gedämpft. Die versprochenen Worte des Dichters werden so mächtig aus dem Innern des Schauspielers herausgeholt, daß sie goldschmelz und menschlich klingen. Die Mätresse, die Franziska King spielt, ist auch eine vom Dichter überchargierte Dame der weiblichen Romantizität. Frau King ist aber von Natur nicht kompliziert und sie ist andererseits nicht Romantizität genug, um ihre Natur wesentlich zu verwandeln. Den Jarewitsch des irrsinnigen Zaren spielt ohne allzu

ausschweifende Don-Carlos-Rhetorik Walter Killa. Der ganze Jarewitsch und Schranzenapparat funktioniert theatralisch deforstin. So kam die Lust zum Weisheitsgeißel auf, dessen der Dichter sich freuen dürfte. Rag Hochof.

### Otto Faber du Faur.

#### Ausstellung in der Rationalgalerie.

Der Maler Otto von Faber du Faur, dem die Rationalgalerie in den Rundgängen des obersten Geschosses eine posthume Ausstellung, fast zu Ehren seines 100. Geburtstages, bereitet, gehört zu den fast vergessenen Meistern einer an Talenten überreichen Zeit. 1828 in Ludwigsburg (Württemberg) geboren, 1901 in München gestorben, war er zunächst, wie Felix von Ullhe, Kavallerieoffizier, der seit zwei Jahrzehnte zwischen diesem Beruf und der angeborenen Neigung zur Kunst schwankte, bis er 1867 den Abschied nahm und sich gänzlich der Malerei widmete. Die Ausstellung, die Justiz und sein Assistent Thormählen mit feinstem Verständnis vorbereitet, beweist, mit welchem Unrecht man diesen fähigen Maleroffizier Zeit seines Lebens und noch ein Vierteljahrhundert nach seinem Tode vernachlässigt hat. Die Jahrbundertausstellung 1906 geht beinahe ganz an ihm vorbei, Meier-Gräfe kennt ihn nicht, und Karl Scheffer preist ihn in seinem eben erschienenen Kompendium der europäischen Malerei mit vier Zeilen ab als einen „in den Spuren Schreyers Wandelnden“. Und nun sehe man sich diese 150 Gemälde, Skizzen und Aquarelle in der Rationalgalerie an und urteile, ob dies ein Maler ist, der in den Rometenschweiz eines bloß methodischen Wiedermalers wie Schreyer gebrillt sein; er ist nicht nur unvergleichlich lebendiger, freier, vielfeltiger als Schreyer, mit dem er eigentlich nur aus seiner wesentlichen Thematik gemeinsam hat; das Pferd — er gehört überhaupt zu den deutschen Malern der Selbstzeit, die das überwiegende Vorbild der Franzosen durchaus studiert und dann in selbständige Eigenform übergeführt haben. Seine Liebe galt vor allem Delacroix, Géricault, Decamp, man spürt dazu eine innige Vertrautheit mit dem frühen Marées (der Reiter maße gleich ihn) und eine Zeitlang mit Spert und Leibl selbst. Welcher Künstler wäre nicht in die große Entwicklung seiner Zeit verflochten gewesen! Aber Faber du Faur schafft sich so schnell und so gründlich seine eigene Handschrift und sein eigenes Darstellungsreich, daß er inmitten des Verachens Münchens völlig isoliert dasteht und bis an seinen Tod vergebens nach Anerkennung ringt. Sein Lehrer Piloty verteuert ihn angesichts seiner Bilder! Wir begreifen das heute kaum mehr. Uns scheint Faber einer der stärksten und liebenswertesten Repräsentanten der Zeit zwischen 1870 und 1900. Seine Motive gehören der Epoche an: Reiter, Gefechte, Orientuntheit, die heiligen drei Könige, Napoleon vor seinen Truppen; es sind beinahe historische Bilder aus der Piloty-Schule; daß sie es nur „beinahe“ sind, geht allerdings den entscheidenden Trennungsfisch zwischen ihm und der offiziellen Münchener Kunst um die Kaufhaus- und Desregger. Deutlich wird der Unterschied angesichts seiner Form. Die ist so rein von moferisch-farbigem Instinkt eingeben, die überwuchert so ganz jene Inhalte, daß sie uns heute zur höchsten Lust und Augenweide gereicht, damals aber wohl als legerlich und ungenügend abgeteilt werden

mußte. Und doch steht eine so solide Zeichnung dahinter; jede Figur kann man auf ihre Richtigkeit nachprüfen; es ist keine Spur von Nachlässigkeit oder gar „Richtbinnen“ in akademischen Sinne dabei. Nur verdeckt sich das Können hinter dem Glanz der Malerei, es wird nicht mit langweiliger Modellierung zur Schau gestellt, und die Furie eines treffsicheren Pinsels läßt alle Zeichnungen in einem wunderbaren Reg farbiger Tupfen und Flächen ertrinken. Das war es, was man Faber nicht verzieh, und was heute keine glänzende Rechtfertigung, 26 Jahre nach seinem Tode, darstellt und uns als ein Geschenk entzückt, das spontan und kostbar aus dem Nichts emporsteigt. Dr. Paul F. Schmidt.

Senf Mahesa. Die Duncan suchte vor einem Vierteljahrhundert die Tanzkunst zu kanterieren, indem sie beim antiken Hellas eine Zwangsanleihe machte. Ruth St. Denis unternahm einen ähnlichen Versuch durch indische Senf Mahesa durch ägyptische Wuttransfusions. Eine neue Kunst kam bei keiner von den dreien zustande. Die Entwicklung ging andere Wege und führte in kurzer Zeit zu einer Blüteperiode des deutschen Tanzes. Jetzt haben wir, nach mehrjähriger Pause, die Mahesa wieder, die in der „Komödie“ eine Rationee veranstaltet. Sehen sie mit geschärften Augen und erkannten ihr Wesen klarer. Sie steht als Tänzerin turmhoch über der Duncan. Aber was sie gibt, ist auch nur Kunst aus zweiter Hand. Kunst, die in fremde Formen gegossen wird. Und zwar nicht in tänzerische, sondern in politische oder geistliche Formen. Wie die alten Ägypter getanzt haben, wissen wir nicht. Aber wir kennen den Stil altägyptischer Reliefs und Wandgemälde. Diesen sucht die Mahesa zu kopieren. Verbindet Osten und Westen, die sie auf Bildern sah, durch rhythmische Bewegungsreihen, mischt ein bißchen modern orientalische Tanzstimmung hinein und gestaltet, klug berechnend, sehr geschmackvoll, rein dekorative Kleinplastiken, die nur selten zu feilischer Ausdruckskraft sich steigern. Ihre persönliche Note besteht in einmorigen, rudweise hart abgefeilten Schwüngen und Drehungen. Viel Prosifizierung. Abhängigkeit von der Musik, die durchaus führend wirkt. Einordnungsweite Details, zum Beispiel in „Scherzazade“ ein kräftiges Aufschwüngen auf den Füßchen mit hochgehobenen Armen, im ersten Tanz aus „Aida“ eine große, ausladende, sehr suggestiv wirkende Geste. Bällige Entloosung tritt ein, Ipbold das orientalische Risiko verlassen wird, z. B. in der aufgeregten Pantomime einer „Bisson“. Gesamtindruck: Vornehm, geistreiche, kultivierte, unterhaltende Varietee-Kunst. A. G.

Die Staatliche Kunstbibliothek veranstaltet vom 22. Februar bis 10. März im Rhythmus des ehemaligen Kunstgewerbemuseums 2. Flur, Albrecht-Strasse 7, eine Ausstellung mittelalterlicher deutscher Plastik in photographischen Reproduktionen aus ihren neu erworbenen Beständen. Die Ausstellung ist täglich (außer Sonntagen) von 9-3 Uhr des freien Eintritts geöffnet.

Im Lehmuseum findet am 24. 8 Uhr eine Verhologgi-Peter hat Johannes Temp hält den Vortrag, Gertrud Nabe verliest. Heber von Kögel werden gefangen von Fr. Holzschmidt und Wami, Herrn Weening und dem Lautendör von Elab Graf.

Direktor Bernhard Wende spricht im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums, Erlang-Albrecht-Strasse, am 24. Februar und 3. März über das Thema: „Was muß ich vom Kunstblatt und seiner Herstellung wissen?“

## Deutschnationale Sozialpolitik.

### Ein Paradies für junkerliche Regierungsküken.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich den Eintritt in das Kabinett Marx durch die Unterzeichnung des Zentrumsprogramms erkauft. In diesem Programm ist auch von Sozialpolitik die Rede, und die Deutschnationalen haben nicht verabsäumt, zu versichern, daß auch sie arbeiterfreundlich, daß auch sie für Sozialpolitik zu haben seien. Allerdings für eine „wohlverstandene“ Sozialpolitik. Wie diese „wohlverstandene“ Sozialpolitik aussieht, geht aus einer Entschlüsselung hervor, die eine in Klagenfurt tagende Unterbezirkskonferenz der SPD. an die Fraktionen des Reichstags und Landtags gerichtet hat. In der Entschlüsselung heißt es:

In der schlesischen Landwirtschaft ist zurzeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein tarifloser Zustand. Der Graf von Rittberg unterbreitete seinem Personal einen neuen Arbeitsvertrag zur Unterzeichnung. Nach diesem neuen Vertrag sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter anerkennen, daß sie weniger Lohn und Deputat zu beanspruchen hätten. Ein Teil der Arbeiter weigerte sich, diese Kürzung ihrer an sich niedrigen Löhne anzuerkennen. Daraufhin wurden am 23. März 1926 sieben Familien entlassen. Durch Gerichtsurspruch wurden die Familien aus ihren Wohnungen verdrängt. Es wurde ihnen eine notdürftige Unterkunft gewährt. Wie diese Unterkunft aussieht, soll an einem Falle beleuchtet werden: Der Arbeiter S. bewohnt mit seiner Familie ein Zimmer. In demselben ist es ihm nur möglich, zwei Betten aufzustellen. In diesen zwei Betten schlafen die Eltern und vier Kinder. Die Frau ist nach ärztlichem Urteil seit zwei Jahren lungentkrank.

Am 1. April und 1. Oktober 1926 und 1. Januar 1927 sind weitere dreizehn Familien entlassen worden, weil auch sie sich weigerten, ihren Lohn fügen zu lassen. Auch gegen diese dreizehn Familien hat der Graf Rittberg die Klagenfurt-Frage anhängig gemacht. Graf Rittberg motiviert seine Haltung damit, daß er erklärt, er sei nicht in der Lage, den alten Lohn weiterzahlen zu können. Daß dies nur ein Vorwand ist, um gewerkschaftlich oder politisch organisierte Leute zu entlassen, wird dadurch bewiesen, daß diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche den neuen Arbeitsvertrag unterzeichneten, nicht nur den alten Lohn weiterbekamen, sondern sogar für ihre Untertunigkeit ein höheres Deputat erhielten. Die Krone setzte der Graf seinen Handlungen gegenüber den Entlassenen mit folgendem auf:

In Aktienlohn besteht eine öffentliche Milchverkaufsstelle. Diese Stelle wird durch das Dominium des Grafen Rittberg mit Milch versorgt. Graf Rittberg hat der Milchstelle nunmehr verboten, den Arbeitern die für ihre Kinder erforderliche Milch zu verkaufen. Die Entlassenen wandten sich daraufhin an den Rat des Kreises. Dieser hat mit der Hilfe des Vaterländischen Frauenvereins erreicht, daß die Arbeiter wieder für ihre Kinder Milch zu kaufen bekamen. Doch der Graf konnte seinen Haß gegen die Entlassenen nicht bändigen. Nach drei Tagen ließ er durch seinen Inspektor Geißler der Milchstelle wiederum den Befehl zugehen, den entlassenen Arbeitern keine Milch abzugeben. Die Milchstelle fügte sich dem. Die Arbeiter sind nunmehr gezwungen, wenn sie ihren Kindern das unentbehrliche Nahrungsmittel verschaffen wollen, morgens nach den umliegenden Dörfern zu wandern, um dort Milch für ihre Kinder zu erlangen. Ja, dieser famose Graf Rittberg hat den Kaufmann seines Dominiums sogar verboten, für die Kinder der Entlassenen Milch aus den nächstliegenden Orten mitzubringen!

Ein Einzelfall? Ach nein, die Praxis hat oft genug bewiesen, daß die Deutschnationalen überall genau so oder ähnlich vorgehen, wo sie der Herr im Hause zu sein glauben. Ihr Bestreben ist lediglich darauf gerichtet, die „Herr-im-Hause“-Position auf allen Gebieten zurückzuerobieren. Ihr Ideal ist der Zustand des Dreiklassenwahlrechts im alten königlichen Preußen.

Aber was sagen die Mitglieder des Zentrums zu derartigen Vorfällen? Das Kabinett trägt den Namen des Zentrumsführers. Das Zentrum wird damit die Hauptverantwortung für den Geist tragen, der in diesem Kabinett herrscht. So selbstverständlich es ist, daß die preußische Regierung alles tut, um die Not der von dem Grafen verweigerten Arbeiter zu mildern, so selbstverständlich müßte es für die Reichsregierung sein, eine Handlungsweise wie des Rittbergers für die Zukunft unmöglich zu machen.

## Pensionskürzungen und Republikshutzgesetz

### Ein sozialdemokratischer Gesetzesvorschlag.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstag einen Initiativgesetzentwurf über Kürzung der Versorgungsbezüge und Änderung des Republikshutzgesetzes eingebracht. Der Antrag ist gestern bereits dem Haushaltsausschuß überwiesen worden.

Artikel 1 des Entwurfs übernimmt die Pensionskürzungsbestimmungen der von Stresemann und Dr. Luther erlassenen Personalabbauregulation von 1923 mit der Einschränkung, daß das künftige Einkommen der Pensionäre und Wartegeldempfänger nicht nach der Eingangsstufe der Besoldungsgruppe VII, sondern der Besoldungsgruppe X berechnet wird. Danach kann jeder Pensionär und Wartegeldempfänger neben seinen Versorgungsbezügen ein Privateinkommen von rund 425 M. monatlich beziehen, ohne daß eine Kürzung eintritt. Von dem Reineinkommen wird die Hälfte auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Besonderen Wert hat die Fraktion darauf gelegt, daß entsprechend der Vorschriften der Herren Stresemann und Luther sowohl das Arbeitseinkommen, als auch das Einkommen aus Privatvermögen von der Kürzung erfaßt wird.

Im Artikel 2 des Entwurfs wird vorgeschrieben, daß ungeachtet der Bestimmung des Reichsbeamtengesetzes, nach der der in 40 Jahren zu erreichende Höchstbetrag der Pension 80 Prozent des pensionsfähigen Dienstverdienstes nicht übersteigen darf, in keinem Fall mehr als 12000 Mark jährlich an Pension gezahlt werden dürfe. Dieser Pensionsfuß entspricht ungefähr den heute gültigen Pensionen der Ministerialdirektoren, Generalmajore und Konteradmirale.

Der Artikel 3 des Entwurfs verschärft den § 10 des Republikshutzgesetzes dahin, daß bei der Verurteilung eines Beamten oder einer Militärperson wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz zu Gefängnis oder Festungshaft das erkennende Gericht verpflichtet ist, auch den Verlust des Amtes, bei Militärpersonen die Dienstentlassung, sowie den gänzlichen oder teilweisen, dauernden oder zeitweiligen Verlust des Gehalts, Wartegeldes oder zeitweiligen Verlust des Gehalts, Wartegeldes oder Ruhegeldes auszusprechen.

Wegen der weiteren Gültigkeit des Republikshutzgesetzes, das mit dem 30. Juli d. J. abläuft, wird die Reichstagsfraktion einen besonderen Vorstoß unternehmen.

# Die Hochschule der Zukunft.

## Eine Kundgebung für Hochschulreform.

Die seit langem zur Lösung drängende Frage einer Umgestaltung unserer Universitäten wurde in der Ortsgruppe Berlin des Bundes entschiedener Schulreformer erörtert.

### Prof. Dr. Heinrich Waentig-Halle

gab einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Hochschule, die im wesentlichen als Schöpfung landesfürstlicher Regierungen entstand, wirtschaftlich von ihnen abhängig war und bald auch in geistige Abhängigkeit geriet. Daß ein Staat nicht Anstalten schafft und unterhält, damit sie gegen ihn arbeiten, ist begreiflich. Die Universitäten wurden weniger zu Stätten freier Forschung als zu Bildungsanstalten mit der praktischen Aufgabe, dem Staat die notwendigen Funktionäre zu liefern. Wenn daraus die Forderung folgt, daß an den Universitäten ein staatsverfassungsmäßiger Geist herrschen soll, so muß es Verwunderung erregen, daß in unserer republikanischen Zeit diese Forderung nicht mehr zu gelten scheint. Professor Waentig betonte die Notwendigkeit, nach demokratischem Grundlag, den Besuch der hauptsächlich zu Lehranstalten gemordenen Universitäten dem Nachwuchs weiser Kreise des Volkes so ermöglichen. (Lebhafter Beifall.) Dann sprach

### Prof. Dr. Theodor Lessing-Hannover

über die akademische Freiheit und die deutsche Jugend. Er erinnerte daran, daß in diesen Tagen die ganze Kulturwelt die Universitäten den vor 250 Jahren gestorbenen einsamen Denker Spinoza als den Ikonen feiert, ihn, der bei Verboten sich weigerte, für akademische Würden seine Geistesfreiheit hinzugeben. Prof. Lessing stellte die Freiheit des Geistes — die einzige Freiheit, die es gibt — gegenüber jener anderen „Freiheit“, der „akademischen Freiheit“, die der Bräutigam und seiner auch ein großer Teil der Professoren im Grunde führt. Er selber habe

se in Hannover buchstäblich „am eigenen Leibe kennen gelernt“, schaltete er in bitterem Spott ein. Diese besondere „Freiheit“ gibt der deutschen akademischen Welt noch heute das Gepräge einer von dem Volksganzen sich absondernden Kaste, die trotzdem so gern betont, daß gerade sie die Vertreter der deutschen Nation sei. Diejenige akademische Jugend, die heute noch gegen Volkswille und Staatsrecht eine besondere Freiheit beansprucht, hat ein ganzes Jahrhundert verschlafen. (Zustimmung.) Was sie für Bildung hält, ist weiter nichts als äußerer Schliff. Wir rufen diese Jugend auf, sich frei zu machen von der Phrase, von der sie beherrscht ist. Wir wenden uns gegen eine auf der höheren Schule betriebene übertriebene Erziehung, die zur Form ohne Seele geworden ist. Wir, die wir Lehrer der Jugend sind, wollen an einer Erneuerung der Jugend arbeiten und Kämpfer sein. (Langanhaltender Beifall.)

Ein Vortrag des Volkshochschulleiters Dr. Honigsheim-Köln mußte wegen Erkrankung Honigsheims ausfallen. Für ihn sprach der Versammlungsleiter

### Prof. Paul Destrach-Berlin

ein. Er stellte die Forderung auf, daß die Hochschule der Zukunft nicht mehr ein Zummelpfad für Bräutigamen sein darf. Ihnen könne man in Hochbildungsanstalten die Vorbereitung auf ihren Beruf geben, die Hochschule aber müsse den seelisch Geweckten vorbehalten bleiben.

Nach kurzer Aussprache betonte Prof. Lessing in seinem Schlusswort, daß er nicht Auflösung, sondern Umgestaltung der Universitäten will.

Die Polizei hatte wohl befürchtet, daß „nationale“ Studenten, auf ihre „akademische Freiheit“ pochend, gegen Prof. Lessing lärmten würden. Ihre ungedulden erscheinenden Beamten konnten den Wunsch der Versammlungseitung erfüllend, bald wieder nach Hause gehen. Die Versammlung blieb von Störungen verschont.

## Eifersuchtstragödie in Berlin N.

### Selbstmordversuch des Täters.

Eine Eifersuchtstragödie spielte sich heute früh gegen 1/8 Uhr in dem Hause Kölliner Str. 21 im Norden Berlins ab. Der 52jährige Arbeiter Gustav Schulz, der in der Siemensstr. 7 wohnt, gab auf seine frühere Geliebte, die 47jährige Plättlerin Friede Schulz, einen Schuß ab und machte vor seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch.

Schulz unterhielt mit Friede Sch. längere Zeit ein Verhältnis. Zu Ende des vorigen Jahres versuchte sie das Verhältnis aber zu lösen. Den Grund hierzu gab ihr Schulz, der sehr eifersüchtig ist, durch dauernde Drohungen. Die Eifersüchteleien spitzten sich an einem Tage im Dezember so zu, daß Sch. mit einem Messer auf seine Freundin eindrang. Er bereitete bald seine Tat. Seitdem stellte er der Sch. nach, um eine Versöhnung herbeizuführen. Immer mußte er unerrichteter Sache abziehen. Heute früh erschien er wieder in der Wohnung seiner früheren Geliebten. Als sie eine Versöhnung wiederum schroff zurückwies, kam es zu einem sehr erregten Wortwechsel, in dessen Verlauf er plötzlich einen Revolver hervorholte und auf Frau Sch. einen Schuß abgab. Nachbarn eilten hinzu und benachrichtigten gleichzeitig die Polizei. Als die Beamten zu der Verhaftung des Täters schreiten wollten, schoß er sich eine Kugel in den Mund. Beide wurden durch das Städtische Rettungswesen in das Virchow-Krankenhaus geschafft. Bei Frau Sch. konnte kein Einschlag, sondern nur eine blutunterlaufene Stelle festgestellt werden, obgleich das Kleid eine Schußspur aufwies. Nach einer Röntgenaufnahme konnte sie nach Hause entlassen werden. Der Täter wurde als Polizeigefangener in das Staatskrankenhaus gebracht, wo er sehr bedenklich danielerliegt.

## Um das neue Polizeibeamtengesetz.

Der Verband Preussischer Polizeibeamten E. V. nahm gestern in einer Sitzung seiner Funktionäre aus Berlin und dem Reich zum neuen Polizeibeamtengesetzentwurf, der in diesen Tagen dem preussischen Staatsrat zugegangen ist, Stellung. Schrader, der Hauptreferent, übte scharfe Kritik an einzelnen Paragraphen der Vorlage, so der Regelung der Disziplinarmaßnahmen, die nach ihm das Disziplinarstrafgesetz von 1882 an Mängeln überbietet. Die Entlassungsfrage bietet Gefahren für die Beamtenschaft, das Cheverbot für die Beamten im Beamtendienst hält Schrader für völlig unhaltbar. Alles in allem bedeute der Entwurf eine Verschlechterung des bestehenden Schulpolizeibeamtengesetzes. Die Polizeibeamtenschaft will sich materiell und ideell dem Gesamtbeamtenkörper eingliedern, ein Organisations-system à la Reichswehr, wie es in dem vorliegenden Entwurf deutlich zum Ausdruck kommt, lehnen wir ab. Der Beamte will kein Objekt besonderer Ausbeutung, sondern ein produktives, geachtetes Glied im Volkstaat sein. Schuld an dem Entwurf hätten die Geheimräte, Offiziere des ehemaligen Generalstabes, die durchaus militärisch orientiert seien. Wir verlangen zu den Beamtenpflichten auch Beamtenrechte. Siering, Polizeireferent des Deutschen Beamtenbundes, sowie Hügel, Vorsitzender des DBV., der eine Erklärung vorlas, schlossen sich dem Protest an. 21 reichsdeutsche Beamtenverbände haben sich mit der entschiedenen Ablehnung des Entwurfs durch den DBV. solidarisch erklärt. In der Diskussion übte die deutschnationale Landtagsabgeordnete Major a. D. Bork die Brechenregierung an und suchte in demagogischer Weise parteipolitisch-militärische Propaganda zu machen. Genosse Wardi, der nach ihm sprach, nahm energisch gegen den Entwurf Stellung und bezeichnete insbesondere das Cheverbot für indiskutabel. Seine Ausführungen fanden starken Beifall der Beamtensfunktionäre. Nach ihm sprachen Regentinin von der Volkspartei, der Demokrat Herrmann, Kasper, der kommunalistische Abgeordnete, Stiller, Polizeipräsident in Essen, vom Zentrum und schließlich Genosse Simon, der Wardmarbis Ausführungen unterstützte. Nach Schlussworten Schraders wurde eine längere Entscheidung angenommen.

## Der Rutschermord bei Oberwalde.

Die Leiche des erschossenen Rutschers Wessel wurde gestern in Oberwalde von dem Stadtmedizinalrat obduziert. Es wurde festgestellt, daß die Kugel durch die Leber und den Darm gegangen und daß Wessel an innerer Verblutung gestorben ist. Zur Untersuchung des Schusses war Prof. Dr. Brünning vom Berliner Polizeipräsidium zugezogen worden. Ob ein Fern- oder Nahschuß vorliegt, konnte gestern noch nicht festgestellt werden. Die Kleidungsstücke des Ermordeten werden deshalb nach Berlin gebracht und hier von Prof. Brünning genau untersucht werden. Der Einschlag ist etwas höher hinten als der Einschlag vorn. Wenn der Mörder von der Schaulée aus geschossen hat, so muß er also ein ungewöhnlich großer Mensch sein. Er kann sich aber auch auf dem Wagen befunden haben. Zwei Horstleuten haben ja neben dem Rutscher einen zweiten Mann gesehen. Die Waffe hat eine sehr große Durchschlagkraft gehabt. Wessel trug schwere Kleidung, einen Pelz, eine dicke Scappe, eine Weste, zwei Hosen und ein Hemd. Das Geschoss ging durch alle diese Kleidungsstücke hindurch und blieb, wie sehr feststeht, erst vorn in der Lunge stecken. Während der Scherwerlechte vom Wagen heruntergenommen und in die Gastwirtschaft in Golzow gebracht wurde, ist es verloren gegangen. Es ist bis jetzt noch nicht wiedergefunden, ebensowenig die Kugel. Nach der Durchschlagkraft zu urteilen, ist die Waffe vermutlich eine Parabellumpistole. Die Annahme, daß der Mörder zweimal geschossen habe, hat sich nicht be-

stätigt. Unter den Beschädigten, die die Wagenschleife aufweist, befindet sich eine, die von einem Schuß herzuführen schien. Eine genaue Untersuchung ergab jedoch, daß sie auf eine andere Ursache zurückzuführen ist. Von dem Mörder ist auch durch weitere Kontrollen der Herbergen von Joachimsthal und Oberwalde noch keine Spur gefunden. Die Nachforschungen werden von der Staatsanwaltschaft in Breslau, Kriminalkommissar Treitin und der Landjägerei heute nach allen Richtungen fortgesetzt.

## Der Lagerraum als Abort.

### Ein Tüftler Tödt.

Wir leben bekanntlich im Zeitalter der Hygiene. Welche schier unglaublichen Dinge noch im zwanzigsten Jahrhundert möglich sind, beweist ein Standaßfall, von dem jetzt die Tüftler Zeitungen berichten. Auf Grund von Anzeigen nahm kürzlich die Tüftler Gesundheitspolizei in den Lagerräumen der Firma Thamps und Coass, Filiale Lüft, die Kasse, Tee, Schokolade, Kekse und Konfitüren auf Lager haben, eine Untersuchung vor. Sie zitierte geradezu haarsträubende Ergebnisse. Im Lagerraum hatte der famose Filialleiter, Herr Zieffe, sein Rationier ausgehängt. (1) Ein ekel-erregender Gestank erfüllte die gesamten Lagerräume, in der Schlafkammer, in Papierkörben und Winkeln fanden die revidierenden Beamten eine Unmasse von alten und frischen menschlichen Exkrementen. Zwischen den Warenbeständen wurden Papierbündel mit dem gleichen lieblichen Inhalt gefunden, eine Pfauenstippe wies unverkennbare Fingerabdrücke in Rot auf. Auf die Vorkontrollen der empörten Revisoren soll Herr Zieffe keine Rücksicht genommen haben, daß es ihm „an der nötigen Zeit gefehlt“ habe, im Bedarfsfälle einen Abort aufzusuchen. (2) Ein im Lagerraum befindlicher Hund, der nie an die frische Luft geführt wurde, folgte den englischen Vorlesungen seines Herrn und erledigte die leiblichen Geschäfte ebenfalls im Lagerraum. Sämtliche Lebensmittel hatten durch die Ausdünstungen naturgemäß stark gelitten. Besonders standhaft erschienen die Zustände dadurch, daß die angenehme Firma noch bis in jüngster Zeit die einschlägigen Geschäfte mit ihren „erklaßigen“ Waren beliefert hat. Gegen den verstorbenen Filialleiter ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden in diesem und einem anderen, nicht minder unerhörten Fall. Es ist festgestellt worden, daß der Filialleiter seine Angestellten auf unglaubliche Ausgenutzt hat und sie von morgens 7 Uhr bis nachts um 2 Uhr, also 19 Stunden, kaum ohne Unterbrechung arbeiten ließ. Man sah sich an den Kopf, wenn derart vorfindliche Dinge bekannt werden. Schuld an dieser verwerflichen Ausbeutung tragen aber die Angestellten zum Teil selbst, da sie sich derart menschenunwürdiges gefallen ließen. Hoffentlich wird dieser famose Arbeitgeber und Lagerverwalter vor Gericht so angefaßt werden, wie es sein gemeingefährliches Verhalten verdient.

Abgestürzt und ausgepöht. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag in dem Hause Budapester Straße 6a. Der 24jährige Fensterputzer Paul Engel aus der Barnimstraße 49 stieß beim Arbeiten in beträchtlicher Höhe auf der Leiter aus und stürzte ab. Unglückslicherweise fiel er auf eine mit eisernen besetzte Mauer. Mit schweren Kopfverletzungen, Knochenbrüchen und inneren Verletzungen mußte der Verunglückte durch einen Wagen des Städtischen Rettungswesens in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden. Sein Befinden gibt zu Besorgnissen Anlaß.

## Frauenmord auf Rügen.

Stettin, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Stettiner Nordkommission erhielt gestern in den Vormittagsstunden die Nachricht, daß in Sahl bei Bergen auf Rügen ein furchtbares Verbrechen verübt worden sei. Der Chef der Landeskriminalpolizei entsandte sofort die Nordkommission auf den Tatort. Man fand am Waldeesam die Leiche der 23 Jahre alten Frau des Arbeiters Bengt Jägg in einer Bluffade tot auf. Die Tote wies mehrere Messerstiche auf, sie war aber nicht beraubt worden. Das Verbrechen ist bereits in den frühen Nachmittagsstunden verübt worden. Es handelt sich zweifellos um einen Lustmord. Die Nachforschungen, die von dem Polizeibeamten unternommen wurden, führten bereits zu einer Verhaftung.

Wieder einmal der Atlantik überflogen! Der italienische Flieger Pinedo hat nach Meldungen aus Fernando Noronha (Brasilien) die Überquerung des Atlantischen Ozeans glücklich vollendet. Das Flugzeug mußte infolge schlechten Wetters auf dem hochgehenden Meere niedergehen. Der brasilianische Kreuzer „Barrosa“ schleppte die Maschine in die Bucht von Santa Antonia. Der Flieger ging an Bord des Kreuzers. Der ganze Transoceanflug des Pinedos hat 18 Stunden gedauert, in welcher Zeit er rund 3000 Kilometer zurückgelegt hat, in dem die Entfernung von Porto Praya bis Porto Natal 2750 Kilometer beträgt und die Pinedo überdies wiederum die 850 Kilometer lange Strecke nach der Insel San Fernando da Noronha zurücklegen mußte. Das Flugzeug ist während der Fahrt dem italienischen Dampfer „Dettolo“ und dem englischen Dampfer „Daxor“ begegnet. Während die Pinedo die Raperrischen Inseln bei ruhiger See und hellem Mondlicht verlassen hatte, schlug die Witterung an der brasilianischen Küste plötzlich um und er geriet in einen schweren Sturm. Der Wind hatte eine Geschwindigkeit von 72 Kilometern in der Stunde.

